

Zusammenfassung

Diese kumulativ verfasste Dissertation mit dem Titel „Strukturwandel in der deutschen Nutztierhaltung vor dem Hintergrund einer sich verändernden Umweltgesetzgebung“ besteht aus vier Einzelartikeln, die sich alle mit aktuellen Herausforderungen für Tierhalter befassen. Die Tierhaltung sieht sich zunehmender Kritik der Verbraucher ausgesetzt, unter anderem werden das sogenannte „Höfesterben“ und die Entwicklung zu größeren Produktionseinheiten kritisch betrachtet. Für eine umfangreiche Untersuchung dieser Prozesse ist es möglicherweise notwendig, die Tierhaltung genauer zu analysieren, als es in bisherigen Studien üblich war. Bestehende wissenschaftliche Artikel unterscheiden nicht zwischen einem Ausstieg aus der Tierhaltung und einem Ausstieg aus der Landwirtschaft insgesamt, obwohl den Entscheidungsmöglichkeiten unterschiedliche Determinanten zugrunde liegen. Der erste Artikel kann zeigen, dass nur auf Ebene von Betriebszweigen nach wie vor „Wachse oder Weiche“ gilt, ob mit der Betriebszweigaufgabe auch eine Aufgabe des gesamten Betriebes erfolgte, wurde stärker davon bestimmt, wie alt der Inhaber des Betriebes war und wie hoch die Ergebnisse des Unternehmens waren. Für die Agrar- und Umweltökonomie kann die Unterscheidung zukünftig relevant sein, beispielsweise, wenn untersucht werden soll, wie in viehhaltungsintensiven oder stickstoffsensiblen Regionen eine Verringerung des Tierbestandes erzielt werden kann, ohne dass Betriebe die Landwirtschaft insgesamt aufgeben. Der zweite Artikel ermittelt, ob sich aus den rechtlichen Grundlagen, die den Schutz von Flora Fauna Habitat Gebieten sicherstellen, Einschränkungen für das Wachstum milchviehhaltender Betriebe ergaben und sogar höhere Gesamtbetriebsaufgaben erfolgten. Im Ergebnis zeigten sich geringere Wahrscheinlichkeiten für betriebliches Wachstum in beiden untersuchten Zeiträumen, höhere Gesamtbetriebsaufgaben waren nur in einem Zeitraum nachweisbar, Betriebszweigaufgaben wurden nicht signifikant beeinflusst. Die Sorge der Landwirte, dass sie Nachteile durch die Schutzgebiete erleiden, ist daher möglicherweise gerechtfertigt. Somit ergibt sich die Frage, wie Umweltschutz und Landwirtschaft besser vereint werden können. Eine Möglichkeit ist, die Adaption technischer Innovationen zu beschleunigen. Verfahren der Gülleansäuerung können Ammoniakemissionen erheblich mindern. Da sie jedoch Mehrkosten verursachen, sind möglicherweise Förderprogramme notwendig. In Artikel drei und vier werden hypothetische Förderprogramme für das Verfahren im Stall und das Verfahren während der Ausbringung untersucht. Überprüft wurde anhand von Discrete Choice-Experimenten, welche Bedeutung Landwirte einer Kostenerstattung zumaßen, wie sie die erwarteten Emissionsminderungen bewerteten und ob Verschärfungen und Nachlässe auf die Düngeverordnung einen Einfluss hatten. Verschärfungen sahen dabei einen Anstieg der anzurechnenden Stickstoffmenge vor, ein Nachlass war beispielsweise der Verzicht auf die direkte Einarbeitung, ein anderer, dass Güllelager nicht mit Zeltdächern abzudecken sind. Insgesamt zeigten die Landwirte in beiden Stichproben eine hohe Wahrscheinlichkeit, sich für eines der Programme zu entscheiden. Nachlässe auf die Düngeverordnung waren zwar ein Anreiz für eine Programmteilnahme, dennoch war die Kostenerstattung das bedeutendste Attribut. Ein Ergebnis, das die Resultate der ersten beiden Artikel widerspiegelt: Landwirte haben kaum Raum, in einer auf Kostenführerschaft ausgerichteten Tierproduktion kostenlose Umweltschutzleistungen zu erbringen.